



4. SEPTEMBER 1975

REDE DES VORSITZENDEN DER CDU, HELMUT KOHL, AUF DEM ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN KONGRESS DER CDU IN BONN

Der Entwicklungspolitische Kongress der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands ist ein wichtiges Glied in der Kette von Fachkongressen, die die Partei seit über zwei Jahren durchführt. Dieser Kongress dient der Willensbildung und der eigenen Standortbestimmung über Situation und Auftrag der Entwicklungspolitik.

Wir brauchen dazu Ihren Rat, Ihre Kritik. Wir tagen nicht in Klausur, sondern Öffentlich. Wir erwarten, dass wir durch Ihre Mitwirkung, durch die möglichst große Vielfalt von Meinungen den bestmöglichen Weg in der Entwicklungspolitik finden. Wir wissen, dass die Lösungen, wenn sie wirksam und dauerhaft sein sollen, nicht langer im nationalen Rahmen allein gesucht und gefunden werden können.

Die Entwicklungspolitik hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten manches leisten können. Viele Hoffnungen haben sich aber nicht erfüllt. Der Abstand zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern hat nicht ab-, sondern zugenommen. In den ärmsten Entwicklungsländern stagniert die Entwicklung. Hunger und Elend fordern noch immer ihr millionenfaches Opfer. Täglich sterben 30 000 Kinder. Wir haben deshalb heute in der internationalen Politik nicht mehr Stabilität, sondern weniger. Niemand kann von dieser Entwicklung überrascht sein.

Während wir uns noch immer bemühen, weltweit wie regional die Konfliktpotentiale zwischen Ost und West abzubauen, sehen wir uns zu gleicher Zeit mit wachsenden Spannungen - zwischen den reichen Industrienationen und den sich entwickelnden Ländern, zwischen den Rohstoffbesitzenden und den rohstoffarmen Ländern - konfrontiert. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Staaten mit freiheitlicher Gesellschaftsordnung ab. Die autoritären Regime nehmen zu. Diese innerstaatlichen Entwicklungen erleichtern nicht die Zusammenarbeit, sondern führen immer häufiger zur Verschärfung von Spannungen. Diese äußere Bedrohung trifft auf europäische Staaten und Gesellschaften, die selbst vor zunehmenden sozialen und Verteilungskämpfen stehen und die nach innen immer schwieriger regierbar werden.

In dieser Lage ist es an der Zeit, die Entwicklungspolitik neu zu durchdenken. Zu keiner Zeit war es deutlicher als heute, dass Entwicklungspolitik mehr sein muss als Entwicklungshilfe. Und zu keiner Zeit waren Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe so notwendig wie heute, weil

es nicht länger nur um das Schicksal der sich entwickelnden Länder geht, nicht nur um die Verbesserung und Stabilisierung der internationalen Beziehungen.

Wenn heute die Forderungen der Entwicklungsländer an Radikalität zugenommen haben, dann ist dies auch eine Folge der Nichteinhaltung gegebener Versprechen über die Höhe der Entwicklungshilfe. Ich will hier ganz klar dazu sagen: Auch bei einem Defizit der öffentlichen Haushalte in der Größenordnung, wie wir es heute erfahren haben, sind Einsparungen kein Selbstzweck. Einsparungen können nur dort sinnvoll erfolgen, wo sie sich an politischen Zielen, an eindeutigen Prioritäten der Regierung orientieren. Und wenn etwas politische Priorität besitzt, dann müssen eben die Mittel an einer anderen Stelle um so stärker gekürzt werden. Wir wollen keine Verwaltung des Mangels. Was heute gefordert ist, sind Klugheit, Wagemut und Phantasie, um auch in einer solchen Situation der knappen Mittel Politik zu gestalten, Ziele zu setzen. Wir können uns weder gesellschaftspolitische noch außenpolitische Stagnation leisten.

Die Frage nach dem Stellenwert der Entwicklungspolitik wird deshalb von der CDU eindeutig beantwortet. Im Rahmen unserer politischen Prioritäten nimmt die Entwicklungspolitik einen hochrangigen Platz ein, weil sie dazu beitragen soll, Entwicklungshindernisse und Spannungsursachen in den Gesellschaften der Entwicklungsländer zu vermindern, weil sie bestehende einseitige Abhängigkeiten zwischen den Staaten abbauen soll, weil sie Wege und Mittel aufzeigen muss, um ein friedliches Zusammenleben der Menschen und Völker zu ermöglichen und weil sie damit unseren außenpolitischen Handlungsspielraum und damit unsere Zukunft sichern hilft.

Angesichts dieser Zielsetzungen und der weltweiten Entwicklungen kann Entwicklungspolitik immer weniger als ein von der Außenpolitik losgelöster Bereich angesehen werden, mit dem sich nur in der Zeit voller Kassen beschäftigt wird. Entwicklungspolitik ist vielmehr Teil der Außenpolitik und zwar auch in der Zeit des finanziellen Mangels. Außenpolitik erschöpft sich nicht in diplomatischen Außenbeziehungen von Staaten, deren innere Verhältnisse für andere Länder wie für den Frieden bedeutungslos sind. Internationale Politik wandelt sich mehr und mehr zu globaler Gesellschaftspolitik. Die Prinzipien der persönlichen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit, nach denen wir im eigenen Lande unsere Politik gestalten, können nicht isoliert in den eigenen vier Wänden verwirklicht werden. Die Gültigkeit unserer Prinzipien ist nicht durch unsere staatlichen Grenzen begrenzt. Unsere Aufgabe besteht darin, unsere Außen- und Entwicklungspolitik nach jenen Werten auszurichten, die auch im Innern unser Handeln bestimmen. Friede, Entspannung und Fortschritt bleiben leere Formeln, wenn sie nicht durch die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität qualifiziert sind. Wir müssen unseren eigenen Wohlstand durch entsprechende Leistungen zur friedlichen und sozialen Entwicklung der Menschheit rechtfertigen.

Die Außenpolitik freiheitlicher politischer Ordnungen hat somit nicht nur den Auftrag, die eigene, an den Grundwerten und Menschenrechten orientierte politische Ordnung zu erhalten, sondern sich für die Verbreitung dieser Ordnung in der Welt einzusetzen und in Partnerschaft zu verwirklichen. Unsere eigene Freiheit ist auf Dauer gefährdet, wenn die Mehrheit der Menschen in Unfreiheit lebt.

Dies ist kein Aufruf zu einem Kreuzzug. Es geht hier vielmehr um die langfristige Perspektive unserer Politik.

Weil wir davon überzeugt sind, dass die Selbstverwirklichung des Menschen nur in Freiheit möglich ist, können wir nicht akzeptieren, dass der größere Teil der Menschheit zu einem Leben in Unfreiheit verurteilt sein soll. Freiheit in diesem Zusammenhang heißt, dass die Menschen in den Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas die Chance erhalten müssen, frei von Armut, Furcht und Zwang, frei von sozialer Ausbeutung und politischer Unterdrückung über ihr Leben und ihre Gesellschaftsordnung entscheiden zu können. Gerade in einer an der christlichen Ethik orientierten Partei wie der CDU muss darüber Klarheit bestehen. Hilfe zur Überwindung materieller Not muss langfristig die Grundlage für die Verwirklichung menschenwürdiger, freiheitlicher Ordnungen schaffen. Dies muss für uns wieder der unverzichtbare normative Bezugsrahmen unserer Außen- und Entwicklungspolitik werden. Darin gründet unsere entschiedene Ablehnung jeder Form von Kolonialismus, Rassismus und Hegemoniestreben.

Zwang mag Wachstum schaffen, aber nur Freiheit schafft Entwicklung. Freiheit ist kein Luxusartikel westlichen Wohlstands. Auch in Europa mussten die Prinzipien und Strukturen unserer freiheitlichen Ordnungen im Rahmen ökonomischer Armut und sozialer Unrechtsverhältnisse erkämpft werden. Manches von damals ist durchaus mit der Situation in den Entwicklungsländern von heute vergleichbar.

Das Scheitern von jahrelangen Bemühungen beim Aufbau freiheitlicher Ordnungen in der Dritten Welt ist kein Grund zur Resignation. Die Zunahme autoritärer Regime muss vielmehr unser eigenes Bewusstsein dafür schärfen, dass wir eine ethisch-politische Mitverantwortung für die Verwirklichung der Menschenrechte und damit der Freiheit in den sich entwickelnden Ländern tragen. Eine an diesem langfristigen Ziel orientierte Entwicklungspolitik wird aber letztlich auch davon abhängen, über welche Ausstrahlungskraft die westlichen Demokratien selbst verfügen, wie es um ihr eigenes freiheitlich-demokratisches Selbstbewusstsein steht.

Das politische Denken vieler Länder der Dritten Welt orientiert sich häufig immer noch an der geistigen und politischen Entwicklung der großen Industriestaaten. Die wachsende Verunsicherung unserer eigenen Bürger über die Grundprinzipien unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung strahlt daher auch auf die Dritte Welt aus; dies um so mehr, als die Entwicklungsländer dabei gleichzeitig mit einer weltweiten, von Selbstzweifeln ungetrübten Offensive der kommunistischen Ideologie konfrontiert

werden. Deshalb ist gerade auch die gesellschaftliche Entwicklung in den westlichen Staaten von zentraler Bedeutung für das Schicksal der Freiheit in der Dritten Welt. Hier stellt sich der Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik in neuer und radikaler Weise.

Wir werden deshalb unseren Beitrag zur Friedenssicherung, zur Gestaltung einer neuen Weltordnung und damit zur Lösung der Probleme in der Welt nur leisten können, wenn wir durch unsere Innenpolitik den inneren Frieden sichern, Wirtschaft und Gesellschaft leistungsfähig erhalten und noch leistungsfähiger machen und Freiheit und soziale Gerechtigkeit verwirklichen. Wenn wir Entwicklungspolitik so verstehen, bedeutet das die Abkehr von jedem Versuch, Entwicklungspolitik gewissermaßen politisch zu neutralisieren und uns unter Berufung auf das alleinige Kriterium der Bedürftigkeit des Empfängerlandes unserer politischen Verantwortung zu entziehen.

Genauso entschieden lehnen wir auch jede selektive Moral in der Entwicklungspolitik ab, wie sie heute von Teilen der Bundesregierung und der SPD noch immer angewandt wird.

Ich erinnere an die Kampagnen der SPD gegen das Caborra-Bassa-Projekt gegen die Beteiligung deutscher Firmen. Was seinerzeit unter der portugiesischen Kolonialherrschaft als Projekt der Ausbeutung und Unterdrückung diffamiert wurde, wird heute von der Frelimo selbst als notwendiges Instrument zur Entwicklung des Landes bezeichnet.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unteilbare Grundwerte unserer politischen Überzeugung. Sie sind zugleich gültige und unverzichtbare Kriterien unserer Entwicklungspolitik. Wir sind uns im klaren darüber, dass dabei Kompromisse zwischen kurz- und mittelfristigen nationalen Interessen und dem Friedensgebot einerseits und der langfristigen Perspektive der Verwirklichung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit andererseits unvermeidbar sind. Auch die langfristigen Konsequenzen vieler entwicklungspolitischer Vorhaben sind nicht immer in ausreichendem Maße abzuschätzen. Aber nur die Ausrichtung unserer entwicklungspolitischen Maßnahmen an den Grundwerten unserer Politik gibt uns die Möglichkeit, Prioritäten zu setzen und unsere Hilfe dorthin zu lenken, wo die besten Chancen ihrer Verwirklichung bestehen.

In diesem Zusammenhang sagt die CDU ein klares Ja zu den privaten Trägern von Entwicklungshilfe. Gerade in einer freien pluralistischen Gesellschaft kann die Entwicklungshilfe nicht nur die Aufgabe staatlicher Stellen sein. Partnerschaft und Solidarität zwischen den Völkern werden glaubwürdiger und damit tragfähiger, wenn sie nicht allein von Regierungen getragen werden. Privaten Trägern gelingt es, gezielter und unmittelbarer wichtige Bevölkerungsschichten zu erreichen. Private Träger haben besondere Kenntnisse der lokalen Situation und der dort vorhandenen Bedürfnisse. Sie können häufig schneller und effektiver handeln und vor allem mehr produktive Phantasie entfalten. Die gerechte und aktive Beteiligung aller Bevölkerungsschichten am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ist die wesentliche Voraussetzung für ein freiheitliches

politisches System. Freiheit bleibt ohne Sinn, solange sie nicht mit sozialer Gerechtigkeit verbunden ist.

Soziale Gerechtigkeit in den Entwicklungsländern bedeutet aber nicht nur eine gerechtere Einkommensverteilung. Hinzu kommen muss der Abbau der fundamentalen Ungleichgewichte zwischen den Industrieländern und Entwicklungsländern. Auch das ist ein Teil sozialer Gerechtigkeit. Mehr soziale Gerechtigkeit innerhalb der Entwicklungsgesellschaften wie zwischen der internationalen Staatenwelt setzt realen wirtschaftlichen Fortschritt voraus. Grundlage dafür bleibt eine freie Weltwirtschaft und eine funktionierende internationale Arbeitsteilung. Beides ist heute ernster denn je in Frage gestellt.

Entwicklungspolitik ist deshalb unlösbar mit der Frage nach der Weltwirtschaftsordnung von morgen verbunden. Die Ölkrise hat die weltpolitische Lage verändert. Das wird in der Bundesrepublik zu wenig erkannt. Gespürt haben wir vor allem die unmittelbaren Folgen: die zeitweilige Knappheit, die zu Sonntagsfahrverboten und Geschwindigkeitsbeschränkungen führte, sowie die Verteuerung des Benzins. Die wirklich bedeutenden Veränderungen der Ölkrise liegen auf anderer Ebene. Die Verteuerung des Rohöls zwang zur Suche nach neuen Energiequellen. So wurde vor allem die Nutzung der Kernenergie vorangetrieben. Dies gilt nicht nur für die hochentwickelten Industrieländer, die die Kernenergie bereits für die Elektrizitätsgewinnung nutzen, sondern in zunehmendem Maße auch für die Entwicklungsländer. In wenigen Jahren werden viele Entwicklungsländer in der Lage sein, eigene Atomwaffen herzustellen. Eine weitere Wirkung der erfolgreichen Politik des Ölkartells ist der einheitliche Wille aller Entwicklungsländer, dieses Beispiel nachzuahmen. In den Vereinten Nationen gibt es eine überwältigende Mehrheit für eine neue Weltwirtschaftsordnung, deren Kernpunkt die internationalen Rohstoffkartelle sind.

Es gibt eigentlich nur zwei Staaten, die zur Verteidigung einer freien Weltwirtschaft bereit sind: die USA und die Bundesrepublik. Aber auch in der deutschen Sozialdemokratie gibt es Befürworter der Kartell-Lösung. Willy Brandt bekundete in Mexiko Sympathien für die neue Weltwirtschaftsordnung. Auch der Entwicklungsminister verhält sich solchen Ideen gegenüber nicht grundsätzlich ablehnend. Wir müssen anerkennen, dass das bisherige System des freien Welthandels Mängel aufweist. Der Handel zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern ist im wesentlichen komplementär, das heißt, es werden Rohstoffe gegen Industriewaren getauscht. Es stellt sich die Frage, warum die Struktur des Warenaustauschs noch immer dem des Kolonialzeitalters entspricht. Dafür mag es viele Gründe geben, aber ein Grund ist sicherlich, dass die Industrieländer ihre Handelsbarrieren gegenüber rohstoff- und arbeitsintensiven Industriewaren aufrechterhalten haben. Wenn wir unsere Märkte nicht für jene Waren öffnen, die in den Entwicklungsländern wegen niedriger Lohnkosten oder wegen eines hohen Rohstoffanteils billiger produziert werden können, dann werden die Einbahnstraßen des Welthandels bestehen bleiben.

Die Entwicklungsländer brauchen unsere Märkte für einfache Industriewaren, sonst ist für sie ein System der internationalen Arbeitsteilung uninteressant. Wenn wir unsere Tore nicht öffnen, dann arbeiten wir den Befürwortern der Kartellpolitik in die Hände. Die von den Entwicklungsländern geforderten Rohstoff-Kartelle sollen vor allem die Rohstoffpreise anheben. Damit kommt es weltweit allenfalls zu einer Umverteilung von Einkommen und das nur unter der Voraussetzung, dass die Kartelle wirksam organisiert werden können. Wachstumsimpulse für die Weltwirtschaft können von der Kartell-Lösung nicht erwartet werden. Wahrscheinlich würde der Kuchen, der international verteilt werden kann, sogar noch kleiner. Die Verteuerung der Rohstoffpreise zugunsten des Kartells der Rohstoff produzierenden Länder ginge im übrigen vor allem zu Lasten der armen und ärmsten Entwicklungsländer, die nicht über eigene Rohstoffe verfügen.

Neue Rohstoff-Kartelle lassen sich vielleicht in einem neuen Welt-Boom organisieren, aber nur unter Beteiligung von Industrieländern. Die Wahrscheinlichkeit, dass einige Industrieländer versuchen könnten, die Kartellpolitik aktiv zu fördern, ist gering, aber nicht auszuschließen.

Rohstoff-Abkommen mit hohen garantierten Preisen stünden vor den gleichen Problemen wie der Europäische Agrarmarkt: Überschussproduktion und ein finanzielles Fass ohne Boden. Die Bundesregierung sollte daher nicht mit Marktordnungen für alle Rohstoffe liebäugeln. Der europäische Agrarmarkt ist für uns bereits teuer genug. Die Nachteile der Kartell-Lösung für die Entwicklungspolitik sind offensichtlich, insbesondere wenn man noch die Zusatzforderungen der Entwicklungsländer berücksichtigt: Preisindizierung, Enteignung ausländischer Firmen und damit Direktkontrolle der Auslandsinvestitionen, Substitutionsverbot für natürliche Rohstoffe. Alle drei Nebenforderungen der neuen Weltwirtschaftsordnung werden sich in hohem Maße als wachstumshemmend erweisen.

Der Kartell-Lösung müssen wir das Konzept der internationalen Arbeitsteilung als bessere Alternative gegenüberstellen. In der Tokio-Runde zur Liberalisierung des Welthandels haben wir die Möglichkeit, den Entwicklungsländern entgegenzukommen. Es muss jetzt Ernst damit gemacht werden, Importrestriktionen für jene Industriewaren abzubauen, die die Entwicklungsländer auf unseren Märkten anbieten können. Dies hat Konsequenzen für einige unserer Industriebranchen. Es ist jedoch nicht so, dass ganze Branchen gefährdet würden, wie etwa die Textilindustrie, die Schuhindustrie oder die Spielwarenindustrie. Diese Branchen müssten sich vielmehr auf die Güter des gehobenen Bedarfs spezialisieren. Die skandinavische Möbel-, Glas- und Textilindustrie hat diesen Weg bereits erfolgreich beschritten.

Wir haben große Strukturwandlungen nach dem Zweiten Weltkrieg gut verkräftet. Die Teilung Deutschlands hat alte Lieferbeziehungen zerschnitten, der EG-Vertrag hat die Standortbedingungen verändert, aber beide Faktoren haben nicht zum Untergang ganzer Industriezweige geführt. Das wird auch nicht geschehen, wenn wir den Entwicklungsländern

unsere Märkte öffnen. Ich bin mir bewusst, dass bestimmte Industrieverbände, Gewerkschaften und Kommunalpolitiker sich in einer Koalition zusammenfinden werden, um alte Strukturen und Privilegien zu verteidigen. Das nationale Interesse verlangt aber von uns, dass wir die Entwicklungsländer nicht diskriminieren. Als rohstoffarmes Industrieland können wir uns keine Konfrontation in der Weltwirtschaft leisten. Es gibt keine bessere Alternative als die Kooperation mit den Entwicklungsländern, als die internationale Arbeitsteilung, die eine Öffnung unserer Märkte voraussetzt.

Mehr denn je wird es für uns wichtig, ein Land der Innovationen zu sein. Wir müssen neue Produkte und neue Produktionsverfahren entwickeln, mit denen wir uns auf den Weltmärkten durchsetzen können. Diesem Ziel sollte auch unsere Forschungspolitik gewidmet sein. Es ist Geldverschwendung, Projekte der Imitation wie etwa in der Flugzeugindustrie zu fördern. Wir müssen Forschungsprojekte unterstützen, mit denen wir neue Türen aufstoßen, neue Märkte erschließen.

Die freie Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland wurde von der CDU unter den Bundeskanzlern Adenauer, Erhard und Kiesinger als freie und soziale Marktwirtschaft konzipiert und aufgebaut. Ich erwähne dies, um den Stellenwert zu präzisieren, den die Entwicklungshilfe innerhalb der von uns angestrebten wirklich freien Weltwirtschaft hat. Entwicklungshilfe bedeutet für uns nichts anderes, als dass das Formprinzip der Sozialen Marktwirtschaft, die Solidarität mit den Schwachen, auch in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen Anwendung finden soll. Viele arme Staaten können wegen ihrer wirtschaftlichen Schwäche von den Vorteilen eines freien Weltmarktes noch nicht profitieren. Notwendig sind deshalb gezielte Hilfen für den wirtschaftlichen Aufbau und der Abbau der Handelsschranken. Beides würde die Startchancen der Entwicklungsländer auf dem internationalen Markt erheblich verbessern.

Wir sollten dabei so ehrlich sein, uns der schwierigen Probleme und der Langfristigkeit dieser Aufgabe bewusst zu sein, mit denen wir hier zu tun haben: Volle Chancengleichheit auf dem Weltmarkt kann erst mit dem Abbau des Wirtschaftsgefälles zwischen Nord und Süd verwirklicht werden. Jedes Entwicklungsland muss seinen eigenen Weg gehen. Der Antrieb zur wirtschaftlichen Entwicklung muss vom jeweiligen Land ausgehen. Hier können wir uns nicht einmischen. Wo aber die Bereitschaft zur Entwicklung vorhanden ist, dort müssen wir helfen. Unsere Rolle in der Entwicklungspolitik darf nicht überschätzt werden. Unsere Möglichkeiten sind begrenzt. Wir sollten jedoch den Rahmen unserer Möglichkeiten ausschöpfen. Eine Politik der falschen Sparsamkeit ist sehr kurzfristig. Dies gilt auch und gerade in Zeiten finanzieller Anspannungen. Unsere Existenz hängt vom Handel mit anderen Ländern ab. Und der Handel ist wiederum eine Funktion des Entwicklungsstandes unserer Partnerländer. Angesichts der schwierigen Haushaltslage kann der Bund sein Versprechen, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe aufzuwenden, nicht von heute auf morgen einlösen. Wir müssen schrittweise vorgehen. Wir müssen aber den festen Willen dazu haben, und diesen Willen lässt die jetzige Bundesregierung nicht erkennen.

Angesichts dieser weltweiten und nationalen Entwicklungen kann Entwicklungspolitik nicht länger nur im nationalen Rahmen betrieben werden. Eine Abstimmung der Länder der Europäischen Gemeinschaft trägt nicht nur entscheidend zur Effizienzsteigerung selbst bei. Eine gemeinsame Entwicklungspolitik schafft vielmehr neue Verantwortlichkeiten für die Gemeinschaftsorgane und fördert auf diese Weise den Prozess der politischen Einigung in Europa selbst. Schon heute zählt die Entwicklungspolitik zu den wenigen Bereichen, in denen gemeinschaftliche Fortschritte erzielt werden konnten, wie zuletzt das Lome-Abkommen gezeigt hat. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, die vorhandenen Ansätze gemeinsamer europäischer Entwicklungspolitik konstruktiv aufzugreifen. Dies wäre ein überzeugenderes Bekenntnis für ein gemeinsames Europa als ständige Lippenbekenntnisse. Die Weltgeschichte steht nicht still. Wir können und dürfen uns nicht einigeln. Wir müssen aufpassen, dass unsere Kinder uns nicht später einmal vorwerfen, wir hätten die Weltgeschichte verschlafen.

Die CDU nimmt die Herausforderungen der Zukunft an. Unsere Politik ist weltoffen, geprägt von Freiheit und Toleranz, Solidarität und Fortschrittsgeist. Unser Ziel ist die Partnerschaft und Solidarität in Europa wie im weltweiten Rahmen. Arbeiten Sie mit, dass wir die Zukunft unseres Vaterlandes gewinnen!

Quelle: Redemanuskript, ACDP 01-710-069/2.